

**Politische Rahmenbedingungen zur Wiederherstellung von
Vertrauen und Fairness in der Kreditwirtschaft**

von

Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen

anlässlich des Symposiums der TeamBank AG:

„Wer kann wem noch glauben? Fairness und Vertrauen sind mehr
denn je Grundlage der Kundenbeziehung zwischen Verbraucher und
Kreditwirtschaft“

am 5. Mai 2010

in Nürnberg

Einleitung

Ich freue mich, heute hier in Nürnberg sein zu können und mit Ihnen ein paar Gedanken zu teilen zur Finanzkrise und den Lehren, die wir aus ihr ziehen sollten.

Ich sage bewusst „wir“, denn die Bewältigung der aktuellen und die Vermeidung bzw. Milderung künftiger Krisen erfordert eine konzertierte Aktion der Politik und der Finanzbranche.

Das Thema Finanzkrise fordert uns – wie Sie wissen – in dieser Woche wieder einmal mit aller Härte heraus. Nach der Bankenkrise nun die Euro-Krise mit Griechenland, das faktisch keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt erhält. Das Parlament berät in dieser Woche die Garantieermächtigung für die Bundesregierung, um einen KfW-Kredit für Griechenland abzusichern. Und die Parallele zum Herbst 2008 ist

klar: Mit der bewussten politischen Entscheidung vor gut eineinhalb Jahren, die amerikanische Investment Bank Lehman Brothers Konkurs gehen zu lassen, wurde das Weltfinanzsystem an den Rand des Abgrunds gebracht und die globale Realwirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt – beides verbunden mit horrenden ökonomischen wie nicht-ökonomischen Kosten, von denen der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen weltweit nur einen Ausschnitt der schmerzhaften Konsequenzen darstellt.

Ich bin davon überzeugt, dass wir nicht zulassen dürfen, dass durch politisches Nichtstun Griechenland zu einem zweiten Fall Lehman wird.

Griechenland ist für die gemeinsame europäische Währung und damit für die europäische Idee insgesamt mindestens ebenso systemrelevant ist, wie Lehman es für das internationale Finanzsystem war.

Die Diskussion, die nun für den Stabilitätsrahmen der Euro-Zone angestoßen wird, zeigt aber auch: Gerade in schwierigen Zeiten kann es gelingen, nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

Und dies bringt mich zurück, zum Thema unserer heutigen Veranstaltung: Das aus Krisen neue, tragfähige Modelle entstehen können, zeigt ein Blick auf die Erfolgsgeschichte der Genossenschaftsbanken. Die ersten Kreditgenossenschaften wurden von Franz Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen gegründet, als es infolge der gesellschaftlichen Umwälzungen zu Engpässen bei der Versorgung mit Kreditmitteln kam. Die von diesen beiden großen Männern entwickelten Grundsätze der Selbsthilfe und Selbstverantwortung haben gerade

nach den Erfahrungen der vergangenen Monate neue Bedeutung erlangt
Insofern nehme ich die heutige Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch gerne wahr.

Ursachen der Finanzkrise

Die schwerste Finanzkrise seit Jahrzehnten hat uns wesentliche Schwächen des aktuellen Systems vor Augen geführt.

Um diese Schwächen zu verdeutlichen und analysieren zu können, lassen Sie mich zunächst noch einmal auf die Ursachen der Krise und der enormen Ansteckungseffekte eingehen.

Ich sehe hier vier zentrale Entwicklungen:

(1) Zunächst einmal wurden bestehende Risiken vom Markt systematisch unterschätzt. Auf der Suche nach höheren Renditen in einem Niedrigzins-Umfeld nahmen

Investoren bereitwillig höhere Risiken in Kauf.

Die globale Liquiditätsschwemme war nicht zuletzt ein Resultat der stark expansiven Geldpolitik der US-Zentralbank. Herdenverhalten und falsche Anreizstrukturen haben eine Rolle dabei gespielt, die Blase weiter anzufeuern.

(2) Dazu kamen Innovationen bei Finanzprodukten. Den Risikogehalt der komplexen Instrumente konnten selbst Profis kaum noch durchschauen. Regulierung und Aufsicht haben bei dieser Entwicklung nicht mitgehalten.

(3) Ferner sind die Finanzmärkte heutzutage stark globalisiert, so dass Anfälligkeiten in einem Land bzw. einer Region oder in einem Marktsegment schnell auf andere übergreifen können.

(4) Und dazu kam, dass Finanzinstitute

mit enormen Verschuldungshebeln arbeiteten. D.h. sie verfügten nur über eine geringe Eigenkapitalunterlegung ihrer Geschäfte, die einem Krisenszenario nicht gewachsen war.

Finanzkrise und kurzfristige internationale Reaktion

So konnte sich – ausgehend vom Markt für Hypotheken mit schlechter Bonität in den USA – die Vertrauenskrise wie ein Flächenbrand durch das globale Finanzsystem fressen. Schließlich erreichte sie auch den Realsektor und führte zur schwersten globalen Rezession seit dem zweiten Weltkrieg.

Mit einer beispiellosen, international abgestimmten Kraftanstrengung ist es uns gelungen, die Märkte zu stabilisieren und Vertrauen zurück zu gewinnen. Ihnen allen sind die massiven Stützungsmaßnahmen der Fiskal-, Geld und Finanzmarktpolitik

bekannt.

Die G20 waren bei der internationalen Koordinierung dieser kurzfristigen Krisenreaktion das zentrale Gremium. Daneben haben wir uns in Europa natürlich intensiv im Ecofin und im Europäischen Rat abgestimmt.

So wichtig es war, die unmittelbaren Kriseneffekte in den Griff zu bekommen, können wir uns aber nicht dauerhaft auf ein Kurieren an Symptomen beschränken. Vielmehr müssen die Ursachen der Krise entschieden angegangen werden; und auch diesen Prozess haben wir früh eingeleitet.

Auch hierbei sind die G20 das wesentliche Abstimmungsforum auf globaler Ebene. Und zwar aus gutem Grund: die Gruppe umfasst die führenden Industrie- und Schwellenländer, die zusammen rund 2/3 der Weltbevölkerung, 80% des

globalen BIP und 90% des Welthandels auf sich vereinigen.

Die internationale Koordinierung ist deswegen so wichtig, weil nur ein international geltendes Regulierungssystem die Stabilität der globalen Finanzmärkte gewährleisten kann.

Ein Flickenteppich aus strikteren und weniger strikten Anforderungen hingegen, würde zu Schlupflöchern bzw. Ausweichreaktionen führen – und könnte im Ergebnis auch der Wettbewerbsposition der deutschen Finanzwirtschaft schaden.

Entsprechend haben die G20-Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen von Washington, London und Pittsburgh in den vergangenen eineinhalb Jahren auch große Einigkeit bei der Bereitschaft zu strukturellen Reformen im Finanzmarktbereich demonstriert.

Gleichzeitig ist klar, dass internationale Verhandlungen zeitintensiver sind als nationale Alleingänge. Hier ist aber eindeutig Gründlichkeit der Eile vorzuziehen. Es geht uns um eine gut durchdachte und breit akzeptierte Reform, nicht um regulatorische Schnellschüsse und isolierte Maßnahmen.

Der Erfolg des Reformprozesses wird nicht zuletzt von der Bereitschaft abhängen, in wie weit nationale Einzelinteressen dem übergeordneten Ziel globaler Finanzstabilität untergeordnet werden. Die BReg drängt daher, das Momentum für die notwendigen Reformen aufrecht zu erhalten und eine konsistente Umsetzung anzustreben, um ein „level-playing-field“ zu gewährleisten. D.h. gleiche Voraussetzungen für alle.

Reformvorhaben als langfristige Antwort auf die Krise

Was ist nun also konkret zu tun?

Natürlich wollen wir nicht die nutzbringende Globalisierung zurückdrehen. Vielmehr wollen wir – von Seiten der Politik – wirksamere Leitplanken für das Finanzsystem errichten.

(1) Ein wesentlicher Aspekt dabei ist eine verbesserte Aufsicht und Regulierung, die zu mehr Transparenz an den Märkten führt. Die BReg hat sich schon früh bei ihren internationalen Partnern dafür eingesetzt, alle Finanzmärkte, Finanzprodukte und Finanzmarktakteure einer angemessenen Aufsicht und Regulierung zu unterwerfen.

Hierzu gehören z.B. auch Hedgefonds und Derivatemärkte. Denn nur umfassende Transparenz in allen

Segmenten kann den notwendigen Anlegerschutz und die frühzeitige Erkennung von Risiken gewährleisten.

(2) Ferner müssen die Anreizstrukturen so gestaltet werden, dass sie dem Gesamtsystem nicht schaden. Vergütungsmodelle im Finanzsektor z.B. müssen stärker auf den langfristigen Erfolg des Unternehmens ausgerichtet sein. In weiten Teilen der deutschen Finanzwirtschaft sind diese Regeln erfreulicherweise auch bereits umgesetzt worden.

Auch im Ratingprozess wirken wir Interessenkonflikten erfolgreich entgegen. So müssen sich in der EU tätige Ratingagenturen künftig registrieren lassen und unterliegen der Finanzaufsicht.

(3) Zudem müssen die Eigenkapitalpuffer der Banken weiter gestärkt werden, damit sie Schocks

künftig besser selbst abfedern können. Erste Schritte wurden mit der stärkeren Eigenkapitalunterlegung für Wiederverbriefungen und Risiken im Handelsbuch gemacht. Beide Maßnahmen setzen wichtige Lehren aus der Finanzmarktkrise um.

Auch die derzeit laufenden Arbeiten in Basel haben das Ziel, die Widerstandsfähigkeit der Banken zu erhöhen. Wir werden im Rahmen der laufenden Baseler Verhandlungen aber weiterhin genau darauf achten, dass nicht alle Banken unabhängig von ihrer Rechtsform über einen Kamm geschert werden. Gemeinsam mit der Bankenaufsicht werden wir uns dafür einsetzen, dass auch Kernkapitalelemente von Genossenschaftsbanken grundsätzlich als hartes Kernkapital anerkannt werden können.

Unabhängig davon streben wir als nächstes an, die vom Baseler

Bankenausschuss vorgelegten Vorschläge zur Verminderung der Prozyklizität und zur prudenziellen Aufsicht über systemisch bedeutende Banken bis Ende dieses Jahres zu finalisieren.

(4) Darüber hinaus befinden wir uns aktuell – wie Sie wissen – in der Diskussion, wie die Kosten einer derartigen Krise angemessen verteilt werden sollten. Es darf nicht sein, dass allein der Staat, also letztlich der Steuerzahler dafür aufkommt. Auch der Finanzsektor wird einen fairen Beitrag leisten müssen.

Aus diesem Grund hat die BReg Ende März beschlossen, einen Stabilitätsfonds zu errichten, aus dem die Restrukturierung oder im Notfall auch Abwicklung einer in Schieflage geratenden Bank künftig finanziert werden kann.

Damit wollte die BReg auch auf

internationaler und europäischer Ebene das Signal setzen, dass eine finanzielle Beteiligung der Banken erforderlich ist.

Aufgebaut wird der Fonds durch eine risikoorientierte Abgabe, die alle deutschen Banken zu entrichten haben. Dieser breite Ansatz ist deswegen angemessen, weil letztlich der gesamte Bankensektor von systemischen Stabilisierungsmaßnahmen profitiert. Gleichzeitig trägt die differenzierte Beitragshöhe den unterschiedlich risikoreichen Geschäftsmodellen der Institute Rechnung.

Im Ergebnis bedeutet dies nach unseren konzeptionellen Überlegungen, dass der Genossenschaftsbereich nur zu einem sehr geringen Teil zum Aufkommen dieser Bankenabgabe beitragen würde.

Im Übrigen gilt hier aus meiner Sicht:
Der Erhalt der Qualität der

Institutssicherungssysteme ist für die Sparkassen und Genossenschaftsbanken von deutlich größerer Bedeutung als die möglichen Folgen einer Bankenabgabe. Aus Sicht der Bundesregierung haben sich diese Systeme in den vergangenen Jahrzehnten bewährt und insbesondere auch in der aktuellen Finanzkrise ihre Stabilität bewiesen. Aus diesem Grund wird sich die Bundesregierung nicht nur in der nationalen Diskussion, sondern auch bei der derzeit anstehenden umfassenden Reform der EU-Einlagensicherungsrichtlinie weiterhin für den Erhalt dieser Systeme einsetzen.

Der Fonds wird kombiniert mit Instrumenten, die eine frühzeitige Restrukturierung und geordnete Abwicklung von systemrelevanten Banken ermöglichen. Das ist wichtig, um dem Problem des moral hazard entgegenzuwirken, das mit Fondslösungen einhergehen kann.

Eine Abwicklung von Finanzinstituten kann im Vergleich zu Unternehmen der Realwirtschaft deutlich schwieriger sein. Denn systemrelevante Bereiche müssen funktionsfähig bleiben, um Ansteckungseffekte zu verhindern.

Das soll durch einen rechtzeitigen Transfer dieser Teile auf eine andere Privatbank oder aber – als Zwischenlösung – eine staatliche Brückenbank erreicht werden.

Bei der konkreten Ausgestaltung versteht es sich, dass sich unser Konzept konsistent in europäische und globale Lösungsansätze einfügen muss. Wir setzen uns daher in der EU und auf internationaler Ebene aktiv für ein abgestimmtes Vorgehen ein.

Finanzierungsfunktion der Kreditwirtschaft erhalten

Sie mögen vielleicht einwenden, dass mehr Regulierung und höhere

Anforderungen für die Stabilität des Finanzsektors ja hilfreich sein mögen, aber in der Summe von den Instituten kaum zu schultern sein werden, ohne ihre Finanzierungsfunktion deutlich einzuschränken.

Zweifellos ist sich auch die BReg der großen Bedeutung bewusst, die der Finanzsektor für die Realwirtschaft spielt. Eine ausreichende Kreditversorgung, gerade auch im Wirtschaftsaufschwung, darf nicht gefährdet werden.

Glücklicherweise und entgegen vieler Befürchtungen lässt sich denn auch bisher keine allgemeine Kreditklemme feststellen – auch wenn einzelne Branchen durchaus strikere Finanzierungsbedingungen beklagen.

Ich kann Ihnen versichern, dass die BReg alle Reformvorhaben und ihre Auswirkungen im Gesamtzusammenhang analysiert und

bewertet.

Dies geschieht im Übrigen auch auf internationaler Ebene. Zu nennen sind hier die Auswirkungsstudien des Baseler Ausschusses zu den neuen Eigenkapitalanforderungen.

Wir werden uns in den entsprechenden Gremien auch weiterhin für vernünftige Übergangsregelungen einsetzen, die den realwirtschaftlichen Aufschwung nicht gefährden.

Ich bin überzeugt, dass der Finanzsektor und damit der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt aus dieser Krise hervorgehen werden, wenn wir die notwendigen Reformen konsequent umsetzen.

Wir sind auf gutem Weg, auch wenn in vielen Bereichen noch ein gehöriges Stück Arbeit vor uns liegt und die

internationalen Verhandlungen nicht leichter werden.

Unser Ziel ist es, das Fundament zu stärken, auf dem das gesamte Finanzsystem fußt: nämlich Stabilität und Vertrauen.

Politik und Finanzwirtschaft ziehen hier letztlich am selben Strang – und sind auf gegenseitige Unterstützung angewiesen.